

Urbanisierung, Polarisierung und Engagement

Jens Wurtzbacher

Eine strikte Gegenüberstellung von dörflicher und städtischer Lebensweise kann heute nicht mehr überzeugen. Mit dem Anwachsen der städtischen Regionen haben sich urbane und ländliche Lebensweisen aufeinander zu bewegt. Die Dörfer sind keine homogenen Gemeinschaften mehr, und auch in den Städten gibt es vielfältige gemeinschaftliche Netzwerke wie Familien, Freundeskreise oder ethnische Kolonien. Menschen bewegen sich zwischen städtischen und ländlichen Räumen hin und her, können am Stadtrand oder auf dem Land wohnen, im Zentrum arbeiten oder dort das Nachtleben genießen. Es gibt allerdings durchaus ein zentrales Kennzeichen des »urbanen« Lebensstils: ein hohes Maß an Wahlfreiheit. Großstädter wollen wählen, wie sie wohnen, welche Nachbarschaft ihnen zusagt, mit wem sie Kontakte unterhalten, in welche Schule ihre Kinder gehen sollen oder an welcher Stelle sie sich aktiv einbringen möchten. Sie wählen aus einer Vielfalt von Möglichkeiten, die sie zunächst zurückhaltend und mit gedämpfter Aufgeschlossenheit prüfen. Urbane Gemeinschaften entstehen in der Regel durch individuelle Motivation und Entscheidung. Kirchengemeinden, lokale Parteistrukturen oder Stadtteilinitiativen werden nicht durch Konventionen und soziale Kontrolle zusammengehalten, sondern durch die Wünsche Einzelner nach Zugehörigkeit und Teilhabe. Städtische Gemeinschaften sind Wahlgemeinschaften.

Jedoch wird man dem urbanen Zusammenleben auch nicht gerecht, wenn man es nur als Ansammlung unverbundener, frei auswählender Individuen ohne soziale Kontrollstrukturen begreift. Zwar entstehen städtische Nachbarschaften durch individuell oder familiär getroffene Standortentscheidungen, weshalb sie in mehr oder weniger großem Ausmaß einer Fluktuation der Bewohnerschaft unterworfen sind, sie entwickeln aber durchaus ein Netz lockerer sozialer Beziehungen. Flüchtige Begegnungen im öffentlichen Raum unter Nachbarn, geteilte Auffassungen über Vertrauen und Kontrolle, ähnliche Erwartungen an das Zusammenleben im Stadtteil, die Summe von kurzen Gesprächen im alltäglichen Leben – machen Nachbarschaften zu einem sozialen Gebilde (1). Ein Phänomen, das beispielsweise Robert J. Sampson (2) als »collective efficacy« bezeichnet (3). Kollektive Wirksamkeit oder kollektives Vertrauen, lockere oder auch engere Netzwerke der Begegnung, durch die Nachbarschaften widerstandsfähiger gegen Konflikte, *Incivilities* oder Kriminalität werden, je nachdem wie ausgeprägt diese sich darstellen und wie viele dichte zivilgesellschaftliche Institutionen darin eingebettet sind. Die Stabilität städtischer Nachbarschaften durch funktionierendes öffentliches Leben und generalisiertes Vertrauen ist ein bedeutsamer Faktor für den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Angesichts großer sozialpolitischer Herausforderungen auf der kommunalen Ebene – beispielsweise der Verwirklichung des Leitbildes der Inklusion oder der Bewältigung zunehmenden Pflegebedarfes bei gleichzeitigem Wunsch nach Verbleib im angestammten Wohnumfeld – erscheint es als wichtige lokalpolitische Aufgabe, nachbarschaftliche Netzwerke zu unterstützen und genauer darüber nachzudenken, wie eine Verknüpfung institutioneller Angebote mit nachbarschaftlichen Selbsthilfepotenzialen gelingen kann.

Gleichwohl kommen die sozialstrukturellen Muster der Städte selbstverständlich nicht allein durch freie Entscheidungen auf der Grundlage individueller Präferenzen zustande, sondern bei einem kapitalisierten Wohnungsmarkt wird die Wahl des jeweiligen Wohnstandortes durch ökonomische Ressourcen limitiert. Deswegen sind die Städte auch ein räumliches Abbild des wirtschaftlichen Wandels und der sich darin ergebenden sozialen Ungleichheiten (4).

Strukturwandel der Städte

Im Verlauf der 1970er Jahre ging die Beschäftigung in der produzierenden Industrie zurück, ganze Produktionszweige verschwanden. Diese Entwicklung richtete sich insbesondere gegen die Bewohnerschaft der Kernstädte. Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit in den Innenstädten wuchs, die kommunalen Sozialausgaben stiegen bei gleichzeitigem Rückgang der Steuereinnahmen, deren Höhe mit der wirtschaftlichen Prosperität einer Kommune korrespondiert. Verschlimmert wurden diese Entwicklungen durch eine selektive Abwanderung von Mittelschichtfamilien ins großstädtische Umland, der *Suburbanisierung*. Die Kernstädte verloren kaufkräftige Haushalte und innerstädtische Gründerzeitquartiere wurden zu Armutsquartieren. Diesen Entwicklungen musste die Stadtpolitik mehr oder weniger machtlos zusehen. Die Finanznot ist in vielen Gemeinden, die vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen sind, seither ein ständiger Begleiter der Stadtpolitik. Das Auseinanderdriften von wirtschaftlich prosperierenden Städten einerseits und schrumpfenden Städten andererseits haben Stadtsoziologen schon Ende der 1980er Jahre als *Polarisierung der Großstädte* (5) bezeichnet. Diese besteht nach wie vor, und man kann davon ausgehen, dass die Disparitäten vor dem Hintergrund der prognostizierten Wanderungsbewegungen aus den strukturschwächeren Räumen in die Ballungsgebiete noch zunehmen werden. Vor dem Hintergrund dieser Polarisierungstendenz zwischen Städten sowie auch zwischen Städten und dem strukturschwächeren ländlichen Raum stellt sich für die Engagementpolitik die Frage, inwiefern sie dazu beitragen kann, in schrumpfenden Regionen Teile der kommunalen Daseinsvorsorge zu ergänzen.

Parallel zum Niedergang wichtiger Zweige der produzierenden Industrie wuchs jedoch der Dienstleistungssektor, in dem sowohl hochqualifizierte Arbeitsplätze als auch Beschäftigungsmöglichkeiten in niedrig entlohnten Bereichen (Gastronomie, Reinigungsbranche) entstanden sind. Gleichzeitig lässt sich seit dem Ende der 1990er Jahre auch ein der Suburbanisierung entgegen laufender Trend beobachten: Zwischen 1998 und 2002 nahm die

Beschäftigung in den Großstädten wieder deutlich zu, hauptsächlich durch das Wachstum von Finanz- und Beratungsdienstleistungen, dem Mediensektor und dem Tourismus. Allerdings herrschen in der postindustriellen Stadt andere Arbeitsbedingungen: oft sind die Arbeitgeber kleine Betriebe, die projektförmige Arbeitsbedingungen bereitstellen mit geringer Planbarkeit (6). Die industrielle Trennung von Arbeit und Privatleben weicht in diesen ökonomischen Bereichen auf; ein hohes Maß an Flexibilität ist gefragt und – da verstärkt beide Partner eines Haushalts erwerbstätig sind – die Notwendigkeit, berufliche und familiäre Anforderungen dauerhaft miteinander zu kombinieren.

Inseln der Mittelschicht

Seit Mitte der 2000er Jahre werden für die urbanen Dienstleistungsbeschäftigten in den Städten verstärkt ganze Nachbarschaften entwickelt, die sowohl Versatzstücke des suburbanen Lebens wie auch urbane Vielfalt bieten sollen – letztere allerdings in sicherer Distanz. Susanne Frank (2013) beschreibt diese »Dörfer in der Stadt« als Phänomene einer »inneren Suburbanisierung«, weil die dort ansässigen Familien alle in ähnlicher Weise berufliche und familiäre Pflichten miteinander verbinden müssen, also auf kurze Wege und vielfältige Versorgungsangebote angewiesen sind, und eine gewisse Homogenität der Nachbarschaften suchen (7). Frank wertet diese innerstädtischen Familienklaven jedoch nicht als eindeutigen Beweis einer Entsolidarisierung der Stadtgesellschaft und für eine Zunahme von Intoleranz gegenüber Vielfalt und Marginalisierung. Vielmehr bieten diese Enklaven aus ihrer Sicht den Mittelschichteltern eine Gelegenheit, auf Distanz zu sozial marginalisierten Haushalten zu gehen, da man unter keinen Umständen das friedliche Aufwachsen der eigenen Kinder gefährdet sehen oder deren Bildungserfolg in vermeintlich fehlbelegten und fehlgesteuerten kommunalen Bildungseinrichtungen riskieren will. Also durchaus ein Rückzug vor städtischen Risiken im Sinne von *NIMBY – Not in my backyard*. Das heißt jedoch nicht, dass sich diese Bewohnergruppen aus der Unterstützung für eine sozial integrative Politik zurückziehen würden (8). Im Gegenteil existiert dort sehr wohl ein ausgeprägtes Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeiten und auch die Bereitschaft zur Unterstützung für eine lokale Politik der Chancengerechtigkeit. Es erscheint zumindest nicht ausgeschlossen, diese Familienklaven als Ressourcen für zivilgesellschaftliches Engagement zu betrachten. Möglicherweise lassen sich dort Strukturen fördern, die Brücken zu umliegenden, weniger privilegierten Quartieren schlagen können oder auch gezielt in Institutionen, die nicht nur von der integrierten Mittelschicht genutzt werden – wie Schulen und Kitas – eingebunden werden können bzw. dort bereits vorhanden sind und ausgeweitet werden können.

Polarisierung, Gentrifizierung und Marginalisierung

Gleichzeitig hat der Wiederaufstieg der Innenstädte aus Sicht der sozialen Stadtentwicklung auch eine ambivalente Seite, denn die Spaltung der Arbeitsmärkte hat die Disparitäten in den Großstädten verstärkt. Zwischen 2000 und 2009 hat nicht nur die Anzahl der ärmeren Haushalte zugenommen, sondern auch die Abstände

zwischen oberer, mittlerer und unterer Einkommensschicht (9). In allen Großstädten über 100.000 Einwohner konzentrieren sich die Haushalte mit niedrigem ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapital in einzelnen Nachbarschaften, die sich durch einen wachsenden Abstand zur Situation der Gesamtstadt auszeichnen (10). Der Verbleib oder der Zuzug von Familien in die Städte sowie die Zunahme der Anzahl von Haushalten durch den demografischen Wandel macht den innerstädtischen Wohnraum knapper und teurer. Modernisierung von Bestandsimmobilien und Neubauten primär von Eigentumswohnungen im oberen Preissegment sind Folgen dieser Entwicklung, zusätzlich befeuert durch investitionslüsternes Kapital aus Krisenstaaten und die aktuelle Niedrigzinspolitik. Das zunehmende Interesse an den Innenstädten treibt durch Gentrifizierung deren Entmischung und innere Polarisierung voran und drängt einkommensschwache Haushalte in die noch verbleibenden Stadtteile mit vergleichsweise niedrigen Mietpreisen. Bisweilen wird dort die Situation noch zusätzlich durch Armutswanderung u.a. aus osteuropäischen Beitrittsstaaten verkompliziert, was die Integrationskraft dieser Viertel auf eine harte Probe stellt.

Gestaltungskraft sozialer Stadtpolitik

Der Wiederaufstieg der Innenstädte zwingt die Stadtpolitik in ein Dilemma: Einerseits erfüllt sich die lang gehegte Sehnsucht nach neu entflammter städtischer Prosperität, die selbstverständlich auch gesteigerte Steuereinnahmen mit sich bringt. Investitionen in innerstädtische Altbauquartiere sind durchaus erwünscht, schaffen sie doch den nach den Wünschen der kreativen Klasse der Wissensarbeiter gestalteten Wohnraum. Und attraktiv für diese kreative Klasse zu sein, ist ein wichtiger Faktor im Standortwettbewerb der Wissensökonomie. Die Stadtentwicklungspolitik kommt somit kaum darum herum, auf die Wünsche einer gut situierten Mittelschicht zu reagieren. Neben passendem Wohnraum wird außerdem eine urbanvielfältige und friedliche Umgebung erwartet, was wiederum weniger gut zur Polarisierung und den darin angelegten Konfliktlinien passt. Gleichwohl lässt sich die sozialstrukturelle Entmischung mit stadtpolitischen Mitteln kaum aufhalten, da sich deren entscheidende Triebkräfte – die Entwicklung der Arbeitsmärkte und der Einkommensverhältnisse – der kommunalen Einflussnahme entziehen. Vor dem Hintergrund eines weitgehend kapitalisierten Wohnungsmarktes mit beständig rückläufigen Beständen des sozialen Wohnungsbaus kann hier höchstens moderierend eingegriffen werden, mit Mietkappungsgrenzen, Milieuschutzsatzungen, dem Erhalt oder Zukauf von öffentlichem Wohnraum oder der Auflage an Investoren, in Neubauprojekten einen Anteil günstiger Mietwohnungen einzuplanen. Allerdings lassen sich damit die in den vergangenen zehn Jahren bereits stattgefundenen Entmischungsprozesse kaum mehr rückgängig machen. Die Kraft dieser Maßnahmen reicht nicht aus, die Stadtentwicklung in eine grundsätzlich andere Richtung zu lenken, zumal die (Stadt-)Politik gleichzeitig darauf bedacht bleibt, Investitionsdynamiken in innerstädtischen Gebieten nicht zum Erliegen kommen zu lassen.

Schärfere Polarisierungsmuster werden wohl mittelfristig ein stabiles Kennzeichen der Großstädte bleiben, was nicht dazu führen darf, dass marginalisierte Quartiere von der Stadtpolitik sich selbst überlassen werden. Jedoch darf die Legitimation integrativer Politikansätze nicht länger darauf beruhen, deren Situation in mehr oder weniger kurzer Frist grundlegend zu verändern. Vielmehr ist ein Bewusstsein nötig, dass diese Quartiere eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung nicht nur durch externe Kräfte und Interventionen benötigen sondern auch eine Politik des *Empowerment* zur Unterstützung von Selbsthilfekräften.

Herausforderungen für die Engagementpolitik

Was folgt daraus für eine lokale Politik zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements? Zunächst schöpft der Wandel des Ehrenamtes zum bürgerschaftlichen Engagement seine Kraft aus denselben Faktoren wie die Polarisierung der Städte. Im Aufstieg der Dienstleistungsökonomie und der voranschreitenden Individualisierung verblassten auch die traditionellen Strukturen des Ehrenamtes gegenüber individuell gewählten und zeitlich begrenzten bürgerschaftlichen Aktivitäten. Diese sind nicht mehr unbedingt mit regelmäßigen Gemeinschaftserlebnissen im lokalen Parteigremium oder im Gemeindegemeinderat verbunden, sondern zielen auf spezialisierte Aufgaben – von der Hausaufgabenhilfe über die Tätigkeit im Quartiersrat bis hin zur Begleitung oder Pflege älterer Menschen. Auf diese Formen des spezialisierten Engagements zielt letztlich auch die Engagementpolitik. Die Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren stehen als vermittelnde Institutionen zwischen wählerischen Organisationen mit hohen Anforderungen an Verlässlichkeit und Kompetenzen auf der einen Seite und anspruchsvollen Freiwilligen auf der anderen Seite, die nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen wollen, sondern sich auch qualifizieren und interessante Erfahrungen machen wollen. Dies ist wichtig und zu begrüßen, es besteht allerdings die Gefahr, dass mit der Polarisierung der Städte auch eine Polarisierung der zivilgesellschaftlichen Strukturen einhergeht. Nämlich dann, wenn sich die Förderpolitik hauptsächlich an beruflich integrierte und tendenziell höher qualifizierte Personen richtet und marginalisierte Nachbarschaften auf dem Lageplan von Institutionen, die auf eine Vermittlung und Bündelung von bürgerschaftlichem Engagement zielen, entweder gar nicht mehr auftauchen, oder wenn, dann lediglich als Einsatzgebiete für qualifizierte Engagierte in professionell konzipierten Projekten.

Eine wichtige Herausforderung für die lokale Engagementpolitik bleibt, die durchaus vorhandenen Engagementformen von sozial benachteiligten Personen ernst zu nehmen und zu fördern. Johanna Klatt und Franz Walter haben in ihrer Studie *»Entbehrliche der Bürgergesellschaft?«* anschaulich herausgearbeitet, dass die gängigen Definitionen des bürgerschaftlichen Engagements dazu verführen, die Unterstützungsnetzwerke in so genannten »städtischen Problemvierteln« schlicht nicht wahrzunehmen (11). Zwar besitzen dort das unmittelbare Lebensumfeld und die direkten gemeinschaftlichen Netzwerke eine sehr hohe Bedeutung für die Lebenswirklichkeit, während öffentliche Institutionen und Angebote eher misstrauisch betrachtet werden.

Interessant ist jedoch, dass innerhalb der sozialen Netzwerke zwischen Bewohnern, insbesondere unter den Migranten, über familiäre Grenzen hinaus nachbarschaftliche Hilfe geleistet wird. Nur wird dies von den Beteiligten nicht als spezielles »Engagement« sondern als Selbstverständlichkeit gesehen, Unterstützung, die sinnvoll ist und geleistet werden muss und nicht »der Rede wert« ist (12). Konkrete Aufgaben werden flexibel erledigt. Es spricht also viel dafür, dass wir den Blick schärfen müssen über die Grenzen dessen, was unter »bürgerhaftlichem Engagement« aktuell verstanden wird, hinausgehen müssen, um diese Formen gemeinschaftlicher Verantwortung und Hilfestellung wahrnehmen und wertschätzen zu können. Klatt und Walter schlagen u.a. vor, über starke Persönlichkeiten zu gehen, die fest mit dem Quartier verbunden sind und in der Lage sind, anderen Bewohnern den Weg zum Engagement zu ebnen (13). Außerdem sei es notwendig, eine gemeinsame Sprache zwischen Engagementförderern und Bewohnern marginalisierter Quartiere zu finden, die auf Fachtermini und soziologische Konzeptprosa verzichtet und den Mut hat einfache Dinge auch mit einfachen Worten zu bezeichnen (14).

Ohne die plausiblen Handlungsempfehlungen der Studie noch näher ausführen zu wollen, scheint es mir wichtig festzuhalten, dass die lokale Engagementpolitik die sozialstrukturelle Polarisierung der Städte nicht aus den Augen verlieren darf, sondern diese im Gegenteil als Handlungsfeld begreifen muss. Förderung von Engagement auf kommunaler Ebene, auf großstädtischer Ebene, muss das Engagementpotential in marginalisierten Stadtteilen aufgreifen und unterstützen und darf sich nicht allein darauf beschränken, qualifizierte Engagierte an die richtigen Einsatzstellen zu vermitteln.

Anmerkungen

Der Text ist eine überarbeitete Kurzfassung des Impulsreferates zum Workshop »Urbanisierung und Engagement« bei der Jahrestagung der Freiwilligenagenturen am 12.11.2013 in Gera.

(1) Dieser Gedankengang findet sich bei Jane Jacobs 1963, Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Berlin: Ullstein, insbes.: S. 78ff.

(2) 2012: S. 368ff.

(3) Aktuell in Sampson, Robert J. 2012, Great American City. Chicago and the Enduring Neighborhood Effect. Chicago and London, S. 367-370.

(4) Siebel, Walter 2012, Stadt und soziale Ungleichheit, in Leviathan 40. Jg., 3/2012: S. 462-475.

- (5) Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1987, Neue Urbanität. Frankfurt/Main: S. 44.
- (6) Geppert, Kurt/Gornig, Martin 2003, Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. DIW-Wochenbericht 26/2003 (70. Jg., 26. Juni 2003): S. 411-418
- (7) Frank, Susanne 2013, Innere Suburbanisierung? Mittelschichteltern in den neuen städtischen Familienklaven, in Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.), Polariserte Städte. Soziale Ungleichheiten als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt/Main: S. 69-89.
- (8) ebd.: S. 82ff.
- (9) Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut 2010, Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Berlin. 24/2010: S. 2-8.
- (10) Aehnelt, Reinhard/Göbel, Jan/ Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut 2009: Soziale Ungleichheit und sozialräumliche Strukturen in deutschen Städten. Informationen zur Raumentwicklung, 6, S. 405-413.
- (11) Klatt, Johanna/Walter, Franz 2011, Entbehrliche der Bürgergesellschaft. Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld S. 184 ff.
- (12) ebd.: 196/197
- (13) ebd.: S. 209ff.
- (14) ebd.: S. 214

Autor

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher ist Professor für Sozialpolitik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin. Seine Schwerpunkte sind kommunale Sozial- und Präventionspolitik sowie Quartiersentwicklung.

Kontakt

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher
Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
Tel.: (0 30) 50 10 10-29

Fax: (0 61 51) 16 89 90

E-Mail: jens.wurtzbacher@khsb-berlin.de

www.khsb-berlin.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de